



Anfragen: Sommersession 2022

Direktion Nummer	Grossrätin/Grossrat	Titel	Seite
Staatskanzlei (STA)			
27	Riesen (Neuenstadt, ES) (Sprecher/in)	Welches ist das Aufsichts- oder Beschwerdeorgan im Falle eines Gesetzesverstosses durch den BJR?	4
	Zuber (Moutier, PSA)		
29	Gullotti (Tramelan, SP) (Sprecher/in)	E-Voting, quo vadis?	5
	Roulet Romy (Malleray, SP)		
Bildungs- und Kulturdirektion (BKD)			
14	Zybach (Spiez, SP)	Fachkräftemangel – Praktikumsplätze für Berner Studentinnen und Studenten	6
28	Müller (Innerberg, SP) (Sprecher/in)	Was ist im Berufsbildungszentrum Biel-Bienne los?	7
	Esseiva (Bern, FDP)		
	Arn (Muri b. Bern, FDP)		
Sicherheitsdirektion (SID)			
7	Dunning (Biel, SP) (Sprecher/in) Berger-Sturm (Grosshöchstetten, SP)	Wo werden die Personen des Rückkehrzentrums Biel-Bözingen ab dem 31. Juli 2022 untergebracht?	8
	Baumgartner (Jegenstorf, SP)		
11	Dunning (Biel, SP) (Sprecher/in) Berger-Sturm (Grosshöchstetten, SP)	Kurze statistische Auswertung der Umsetzung des Einfuhrungsgesetzes zum Ausländer- und Integrationsgesetz sowie zum Asylgesetz (EG AIG und AsylG)	9
	Baumgartner (Jegenstorf, SP)		
12	Dunning (Biel, SP) (Sprecher/in) Berger-Sturm (Grosshöchstetten, SP)	Kurze statistische Auswertung der Umsetzung des Einfuhrungsgesetzes zum Ausländer- und Integrationsgesetz sowie zum Asylgesetz (EG AIG und AsylG) in Bezug auf Personen, die einen negativen Bescheid erhalten haben	10
	Baumgartner (Jegenstorf, SP)		
24	Gasser (Ostermundigen, glp)	Persönlichkeitsrechte von Unfallopfern schützen	11
31	Steiner (Boll, EVP)	Therapienotstand in Justizvollzugsanstalten	12
Bau- und Verkehrsdirektion (BVD)			
6	Müller (Innerberg, SP)	Verursacherprinzip für die Finanzierung von Gemeindestrassen	13

23	Marti (Bern, SP)	Fehlender Schulraum in der Berner Länggasse: Wann kann die Stadt Bern das Schulhaus Muesmattstrasse 29 übernehmen?	14
26	Vögeli (Frauenkappelen, glp) (Sprecher/in)	Kantonseigene und durch den Kanton kontrollierte Liegen- schaften	15
	Buri (Konolfingen, glp)		
32	de Quervain (Bern, Grüne)	Ist der Kanton Bern für Starkregenereignisse gewappnet?	16

Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion (WEU)

2	Feuz (Bern, SVP) (Sprecher/in) Schüpbach (Huttwil, SVP) Knutti (Weissenburg, SVP)	Kritische Fragen zum Covid-Härtefall-Programm 2022	17
3	Remund (Mittelhäusern, Grüne) (Sprecher/in) Kohler (Meiringen, Grüne)	Klimaschutz in der Verwaltung stärken	18
5	Müller (Innerberg, SP) (Sprecher/in) Fisli (Meikirch, SP)	Bezug Kurzarbeitsentschädigung durch Musikschulen des Kantons Bern	19
15	Bühler (Liebefeld, Grüne)	Ist der Kanton Bern auf die Ansiedlung der Asiatischen Ti- germücke vorbereitet?	20
16	Bühler (Liebefeld, Grüne)	Wie fördert eine gewinnorientierte Aktiengesellschaft die Biodiversität im Wald?	21
17	Bühler (Liebefeld, Grüne)	Wie steht es mit der Lebensmittelhygiene im Kanton Bern?	22
19	Gerber (Hinterkappelen, Grüne) (Sprecher/in) Bühler (Liebefeld, Grüne)	Berner Wald als AG	23
25	Ruch (Bern, Grüne)	Bundesgerichtsurteil Über: Welche Massnahmen ergreift der Kanton Bern?	24

Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion (GSI)

8	Berger-Sturm (Grosshöchstetten, SP) (Sprecher/in) Baumgartner (Jegenstorf, SP) Dunning (Biel, SP)	Finanzierung von Sprachkursen für Geflüchtete	25
9	Berger-Sturm (Grosshöchstetten, SP) (Sprecher/in) Dunning (Biel, SP) Baumgartner (Jegenstorf, SP)	Psychosoziale Betreuung von minderjährigen Geflüchte- ten	26
10	Zbinden (Mittelhäusern, SVP)	Food-Waste zugunsten eines Bauprojekts oder fehlende Wertschätzung der Lebensmittelproduktion	27

20	Knutti (Weissenburg, SVP)	Wurde bei der Unterkunftssuche für Flüchtlinge aus der Ukraine überreagiert?	28
22	Köpfli (Wohlen b. Bern, glp)	Sind kantonsweit 3 Eröffnungsstellen auf Ämtern für das elektronische Patientendossier zielführend?	29
30	Schild (Bern, glp)	Werden internationale Standards bei der Kollektivunterkunft für Flüchtende auf dem Viererfeld eingehalten?	30
33	Freudiger (Langenthal, SVP)	Herkunft der Personen mit Status S	31
34	Freudiger (Langenthal, SVP)	Verteilung der Geflüchteten aus der Ukraine im Kanton Bern	32

Direktion für Inneres und Justiz (DIJ)

1	Elsaesser (Kirchberg, FDP)	Häufung personeller Abgänge in der Abteilung Orts- und Regionalplanung des AGR	33
4	Gerber (Hinterkappelen, Grüne)	eBau	34
18	Stotzer-Wyss (Büren an der Aare, EVP)	Weiteres Vorgehen betreffend Mehrwertabgabe	35

Finanzdirektion (FIN)

13	von Arx (Spiegel b. Bern, glp)	Bundesgerichtsentscheid zur Neubewertung der nichtlandwirtschaftlichen Grundstücke: Wann senkt der Regierungsrat die Einkommenssteuern?	36
21	Vögeli (Frauenkappelen, glp)	Profitiert der Kanton Bern von der Reform der Verrechnungssteuer?	37

Anfragen Sommersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 27

Eingereicht am: 07.06.2022

Eingereicht von: Riesen (Neuenstadt, ES) (Sprecher/in)
Zuber (Moutier, PSA)

Beantwortung: STA

Welches ist das Aufsichts- oder Beschwerdeorgan im Falle eines Gesetzesverstosses durch den BJR?

In der letzten Legislaturperiode wurde das Präsidium des BJR zwei Jahre in Folge von der FDP besetzt, wodurch die legitime Vertretung der Autonomen verhindert wurde. Die Autonome Gruppe war der Ansicht, dass diese Entscheidung gegen das Sonderstatusgesetz (SStG) verstosse, da sie den Grundsatz der ausgewogenen Vertretung im Büro verletze, und legte beim Regierungsrat Beschwerde ein. Nach neun Monaten lautete das Ergebnis der Beschwerde, dass sich weder der Regierungsrat noch die Staatskanzlei noch das Verwaltungsgericht legitimiert fühlten, über die Beschwerde zu entscheiden, womit es zu einem Nichteintretensentscheid kam. Es gab also keine inhaltliche Stellungnahme, und es wurde eine Rechtslücke festgestellt.

Frage:

- Wer ist das Aufsichts- oder Beschwerdeorgan im Falle einer Verletzung des SStG oder eines anderen Gesetzes durch den BJR?

Verteiler

- Grosser Rat
- Staatskanzlei

Anfragen Sommersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 29

Eingereicht am: 07.06.2022

Eingereicht von: Gullotti (Tramelan, SP) (Sprecher/in)
Roulet Romy (Malleray, SP)

Beantwortung: STA

E-Voting, quo vadis?

Seit 2019 und der unglücklichen Erfahrung im Kanton Genf hat der Kanton Bern darauf verzichtet, die elektronische Stimmabgabe für im Ausland wohnhafte Bernerinnen und Berner zu nutzen. Das bedeutet unter anderem, dass Auslandsbernerinnen und Auslandsberner, die ihr Stimmmaterial per Post erhalten, je nach Wohnort nicht die Möglichkeit haben, über kantonale und eidgenössische Themen abzustimmen. Es kann vorkommen, dass ein abgelegener oder postalisch schlecht bedienter Wohnort zu Verzögerungen beim Empfang des Abstimmungscouverts führt, sei es auf dem Hin- oder Rückweg. Der Kanton Bern erklärt auf seiner Website ([E-Voting \(be.ch\)](https://www.bk.ch/E-Voting)), dass er «die Entwicklungen bei E-Voting auf nationaler und kantonaler Ebene verfolgt».

Fragen:

1. Wie weit sind die Beobachtungen und Absichten in Bezug auf das E-Voting-Projekt fortgeschritten?
2. Welches andere Mittel könnte der Kanton Bern den Bernerinnen und Bernern im Ausland zur Verfügung stellen, um ihnen den korrekten Erhalt ihres Stimmcouverts zu gewährleisten?

Verteiler

- Grosser Rat
- Staatskanzlei

Anfragen Sommersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 14

Eingereicht am: 07.06.2022

Eingereicht von: Zybach (Spiez, SP)

Beantwortung: BKD

Fachkräftemangel – Praktikumsplätze für Berner Studentinnen und Studenten

An den Fachhochschulen im Kanton Bern können die meisten Gesundheitsberufe im Unterricht erlernt werden, und an Kliniken bzw. in anderen Institutionen werden die dazugehörigen unabdingbaren Praktika angeboten. Der Kanton Bern entschädigt im Rahmen der Ausbildungsverpflichtung praktische Ausbildungsleistungen, wenn die Lernenden bzw. Studierenden die schulische Aus- und Weiterbildung bei einem bernischen Bildungsanbieter besuchen.

Fragen:

1. Wie viel Entschädigung erhält ein klinischer Ausbildungsbetrieb für ein obligatorisches Praktikum der Gesundheitsberufe im medizinischen Setting wie z. B. Physiotherapie, Pflege oder Diätetik, und welche Gesamtkosten (Lohnkosten Praktikanten und administrative Kosten) entstehen dem Kanton Bern dadurch?
2. Gibt es spezifische Ausbildungen, für die im Kanton Bern ein grösserer Bedarf an ausgebildeten Fachpersonen besteht, als im Kanton Ausbildungsstellen angeboten werden können?
3. Werden in den anderen Universitätskantonen die Ausbildungsleistungen der Lernenden auch nur dann vom Kanton übernommen, wenn sie bei einem kantonsinternen Bildungsanbieter die Ausbildung machen?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bildungs- und Kulturdirektion

Anfragen Sommersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 28

Eingereicht am: 07.06.2022

Eingereicht von: Müller (Innerberg, SP) (Sprecher/in)
Esseiva (Bern, FDP)
Arn (Muri b. Bern, FDP)

Beantwortung: BKD

Was ist im Berufsbildungszentrum Biel-Bienne los?

Das BBZ Biel-Bienne bildet junge Erwachsene in allgemeiner und beruflicher Bildung gewerblich-technischer Richtung aus. Seit dem 1. Januar 2021 steht das BBZ Biel-Bienne unter der Führung einer neuen Direktion. Nun mehren sich die Klagen und negativen Äusserungen in Bezug auf die Führung der Schule. Es soll Entlassungen und Kündigungen im Zusammenhang mit der neuen Direktion gegeben haben. Es soll Schreiben von Lehrpersonen direkt an die Bildungs- und Kulturdirektion (Mittelschul- und Berufsbildungsamt MBA, Abteilung Berufsfachschulen) gegeben haben, worauf das MBA mit einem Schreiben an alle Mitarbeitenden des MBA reagiert hat. In diesem wird darum gebeten, einen offenen und fairen Dialog zu führen. Diese Vorkommnisse führen uns zu folgenden Fragen:

Fragen:

1. Welche Massnahmen sieht das MBA vor, um sich transparent und neutral mit der Führungssituation im BBZ zu befassen?
2. Wie hat sich die Personalfuktuation seit der Implementierung der neuen Direktion im Vergleich zu den Vorjahren verändert?
3. Welche Massnahmen sieht das zuständige Aufsichtsorgan (Aufsichtspflicht über das BBZ) vor, um den geschilderten Unstimmigkeiten und Kritiken auf den Grund zu gehen?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bildungs- und Kulturdirektion

Anfragen Sommersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 7

Eingereicht am: 03.06.2022

Eingereicht von: Dunning (Biel, SP) (Sprecher/in)
Berger-Sturm (Grosshöchstetten, SP)
Baumgartner (Jegenstorf, SP)

Beantwortung: SID

Wo werden die Personen des Rückkehrzentrums Biel-Bözingen ab dem 31. Juli 2022 untergebracht?

Es ist vorgesehen, dass das Rückkehrzentrum Biel-Bözingen per 31. Juli 2022 aufgehoben und die dort untergebrachten Personen umgesiedelt werden. Weniger als zwei Monate vor der Aufhebung des Zentrums hat der Regierungsrat noch immer nicht bekannt gegeben, welche Alternative er für die dort noch untergebrachten Personen, insbesondere die französischsprachigen, gefunden hat.

Fragen:

1. Welche Unterbringungsmöglichkeit sieht der Regierungsrat ab dem 31. Juli 2022 für die Personen vor, die noch im Rückkehrzentrum Biel-Bözingen untergebracht sind?
2. Wann und mit welchem Informationsmittel werden die im Rückkehrzentrum Biel-Bözingen untergebrachten Personen über die gefundene Lösung und den geplanten Umzug informiert?
3. Wann wird die betroffene Gemeinde über die gefundene Lösung und den geplanten Umzug informiert?

Verteiler

- Grosser Rat
- Sicherheitsdirektion

Anfragen Sommersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 11

Eingereicht am: 06.06.2022

Eingereicht von: Dunning (Biel, SP) (Sprecher/in)
Berger-Sturm (Grosshöchstetten, SP)
Baumgartner (Jegenstorf, SP)

Beantwortung: SID

Kurze statistische Auswertung der Umsetzung des Einführungsgesetzes zum Ausländer- und Integrationsgesetz sowie zum Asylgesetz (EG AIG und AsylG)

Am 1. Juli 2020 trat das revidierte Einführungsgesetz zum Ausländer- und Integrationsgesetz sowie zum Asylgesetz (EG AIG und AsylG) in Kraft und brachte viele Hoffnungen auf eine Verkürzung des Asylverfahrens mit sich. Wir möchten über die ersten zwei Jahre der Umsetzung dieses Gesetzes im Kanton Bern informiert werden.

Fragen:

1. Wie lange dauert ein Asylverfahren seit Inkrafttreten des EG AIG und AsylG im Durchschnitt, und welches ist die längste beobachtete Verfahrensdauer (im Kanton Bern)?
2. Wie viele der im Kanton Bern untergebrachten Personen haben im Rahmen des revidierten EG AIG und AsylG einen negativen Asylbescheid erhalten und wurden somit abgewiesen?
3. Wie viel Prozent aller Asylgesuche sind dies?

Verteiler

- Grosser Rat
- Sicherheitsdirektion

Anfragen Sommersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 12

Eingereicht am: 06.06.2022

Eingereicht von: Dunning (Biel, SP) (Sprecher/in)
Berger-Sturm (Grosshöchstetten, SP)
Baumgartner (Jegenstorf, SP)

Beantwortung: SID

Kurze statistische Auswertung der Umsetzung des Einführungsgesetzes zum Ausländer- und Integrationsgesetz sowie zum Asylgesetz (EG AIG und AsylG) in Bezug auf Personen, die einen negativen Bescheid erhalten haben

Am 1. Juli 2020 trat das revidierte Einführungsgesetz zum Ausländer- und Integrationsgesetz sowie zum Asylgesetz (EG AIG und AsylG) in Kraft und brachte viele Hoffnungen auf eine Verkürzung des Asylverfahrens mit sich. Wir möchten über die ersten zwei Jahre der Umsetzung dieses Gesetzes im Kanton Bern und die Folgen für die Personen, die einen negativen Bescheid erhalten haben, informiert werden.

Fragen:

1. Wie lange bleiben Personen, die im Rahmen des revidierten EG AIG und AsylG einen negativen Asylbescheid erhalten haben, durchschnittlich in den Nothilfezentren im Kanton Bern, und was ist die längste beobachtete Zeit?
2. Wie viele Personen, die einen negativen Bescheid im Rahmen des revidierten EG AIG und AsylG erhalten haben, haben die Schweiz oder den Kanton Bern tatsächlich verlassen, und wie viele von ihnen wurden zwangsweise zurückgeführt?
3. Wie lange dauerte bei Personen, die zwangsweise zurückgeführt wurden, durchschnittlich die Zeit zwischen dem negativen Entscheid und der Rückführung, und was ist die längste beobachtete Zeit?

Verteiler

- Grosser Rat
- Sicherheitsdirektion

Anfragen Sommersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 24

Eingereicht am: 07.06.2022

Eingereicht von: Gasser (Ostermundigen, glp)

Beantwortung: SID

Persönlichkeitsrechte von Unfallopfern schützen

Am Pfingstmontag, dem 6. Juni 2022, ereignete sich auf dem Autobahnabschnitt zwischen Spiez und Thun-Süd ein schwerer Verkehrsunfall. Die Autobahn wurde während einer Stunde gesperrt. Nach der Entsperrung der Autobahn schritt der Verkehr wie üblicherweise im Schrittempo an der Unfallstelle vorbei. Es war sofort ersichtlich, dass ein Leichenzelt gespannt war, und das Unfallfahrzeug, ein Motorrad, lag noch auf der Unfallstelle. Gleichzeitig für alle Vorbeifahrenden deutlich ersichtlich, war das Nummernschild des/der verunfallten Motorradfahrer/-in. In vielen Kantonen, so auch im Kanton Bern, können sehr einfach Halteranfragen gemacht werden (z. B. per SMS). Das Unfallopfer hätte also ohne Weiteres durch unbeteiligte Dritte identifiziert werden können.

Fragen:

1. Verfügt die Kantonspolizei über Arbeitsvorgaben bezüglich des Datenschutzes von Unfallopfern?
2. Hätte das Nummernschild trotz Beweissicherung verdeckt werden können?

Verteiler

- Grosser Rat
- Sicherheitsdirektion

Anfragen Sommersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 31

Eingereicht am: 07.06.2022

Eingereicht von: Steiner (Boll, EVP)

Beantwortung: SID

Therapienotstand in Justizvollzugsanstalten

Ein Artikel im Bund vom 27. Mai geht auf den Therapienotstand in den Berner Justizvollzugsanstalten ein, der angeblich nicht erst seit kurzem, sondern schon länger andauert. Laut dem Artikel ist es möglich, dass wegen fehlenden psychiatrischen Gutachten die Zeit im Gefängnis verlängert wird, nicht weil der Insasse sich weigert daran teilzunehmen, sondern wegen fehlendem psychiatrischen Fachpersonal.

Fragen:

1. Mit welchen Massnahmen will der Regierungsrat dem Therapienotstand in den Justizvollzugsanstalten entgegenwirken?
2. Was bedeutet der Therapienotstand konkret für die Insassen in den Justizvollzugsanstalten?

Verteiler

- Grosser Rat
- Sicherheitsdirektion

Anfragen Sommersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 6

Eingereicht am: 03.06.2022

Eingereicht von: Müller (Innerberg, SP)

Beantwortung: BVD

Verursacherprinzip für die Finanzierung von Gemeindestrassen

Der Unterhalt von Gemeindestrassen belastet alle Gemeinden, abhängig von der Länge des Gemeindestrassennetzes, mehr oder weniger stark. Oft verschlingt der Strassenunterhalt einen erheblichen Teil der finanziellen Ressourcen einer Gemeinde. Anders als bei gebührenfinanzierten Dienstleistungsbereichen wie Wasser, Abwasser und Abfall trägt der allgemeine Steuerhaushalt diese Kosten. Dies bedeutet, dass jede Bürgerin und jeder Bürger mit ihren/seinen ordentlichen Steuern Mobilität finanziert, unabhängig davon wie stark sie oder er selber diese Strassen effektiv nutzt. Es stellt sich einerseits die Frage, auf welcher Grundlage diese Kostenübernahme durch den allgemeinen Steuerhaushalt gesetzlich geregelt ist, und andererseits, ob es für die Gemeinden Möglichkeiten gibt, die Kosten für den Gemeindestrassenunterhalt verursacherabhängig zu decken.

Fragen:

1. Welche gesetzlichen Grundlagen für eine dem Verursacherprinzip folgende Bereitstellung der Infrastruktur für Mobilität und deren Unterhalt bestehen für Bund, Kanton und insbesondere für Gemeinden?
2. Welche Prinzipien bestehen in Kanton und Bund bezüglich der Strassenfinanzierung und Erhebung von derartigen Steuern oder Gebühren?
3. Gibt es Möglichkeiten für Berner Gemeinden, die Kosten für die Gemeindestrassen verbraucherabhängig auf die Hauptverursacher zu überwälzen?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bau- und Verkehrsdirektion

Anfragen Sommersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 23

Eingereicht am: 07.06.2022

Eingereicht von: Marti (Bern, SP)

Beantwortung: BVD

Fehlender Schulraum in der Berner Länggasse: Wann kann die Stadt Bern das Schulhaus Muesmattstrasse 29 übernehmen?

Der Schulkreis Länggasse in der Stadt Bern ist seit einigen Jahren wegen stark gestiegener Schüler:innenzahlen und fehlendem Schulraum in arger Not. Die Situation wurde bereits in der Interpellation 283-2020 vom 23.11.2020 geschildert.

<https://www.rgr-service.apps.be.ch/api/rr/documents/document/fb037e13c205409082136006d8690157-332/22/RRB-17.02.2021-de.pdf>

Verdankenswerterweise konnten seither zusätzliche Räume im Schulhaus Muesmattstrasse 29, das dem Kanton gehört, durch die Volksschule genutzt werden. Die Nutzung der restlichen Räume wurde für 2022 mündlich in Aussicht gestellt. Nun scheint dies aber wieder in Frage gestellt.

Die Situation im Schulkreis hat sich unterdessen weiter verschärft, Lehrpersonen, Schulkommission und Elternrat sind sehr besorgt.

Eine Nutzung des Standorts Muesmattstrasse 29 durch die Volksschule anstelle der heutigen Nutzung durch die Pädagogische Hochschule hat grosse Vorteile. Das Schulhaus befindet sich mitten im Wohngebiet und ist für Schulkinder gut erreichbar. Auch eine Zwischennutzung für Deutschkurse für ukrainische Schulkinder wäre eine grosse Hilfe. Für die PH macht eine Konzentration auf dem bestehenden Campus Fabrikstrasse, der durch ein zusätzliches Gebäude noch erweitert werden konnte, Sinn.

Diese Anfrage geschieht im Bewusstsein, dass für die Bereitstellung von Schulraum für die Volksschule die Stadt Bern verantwortlich ist und nicht der Kanton. Doch kann der Kanton hier partnerschaftlich Hand für eine Lösung bieten. In den bisherigen Gesprächen hat sich der Kanton sehr hilfsbereit gezeigt. Es fragt sich nun, weshalb eine Lösungsfindung offenbar ins Stocken geraten ist. Es wird um eine Klärung der Situation aus Sicht des Kantons gebeten.

Fragen:

1. Was ist der aktuelle Stand bezüglich der Übergabe Muesmattstrasse 29 an die Stadt Bern zur Nutzung durch die Volksschule?
2. Könnte sich die PH angesichts der grossen Notlage so organisieren, dass das Schulhaus Muesmattstrasse 29 zugunsten der Volksschule und der Schüler:innen des Muesmattquartiers baldmöglichst freigegeben werden kann? Es war zu vernehmen, dass die PH dafür eine Zwischenlösung mit Containern in Erwägung zieht.

Verteiler

- Grosser Rat
- Bau- und Verkehrsdirektion

Anfragen Sommersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 26

Eingereicht am: 07.06.2022

Eingereicht von: Vögeli (Frauenkappelen, glp) (Sprecher/in)
Buri (Konolfingen, glp)

Beantwortung: BVD

Kantoneigene und durch den Kanton kontrollierte Liegenschaften

Fragen:

1. Wie viele Geschäfts- und Wohnimmobilien befinden sich im Gesamteigentum oder im überwiegenden Miteigentum (>50 %) des Kantons Bern (inkl. kantonaler Anstalten und der BPK)?
2. Wie viele Geschäfts- und Wohnimmobilien befinden sich im Eigentum von Unternehmen und Institutionen, die sich überwiegend im Eigentum (>50 %) des Kantons befinden (z. B. BWK, BEDAG, BEKB, Insel usw.)?
3. Wie viele dieser Liegenschaften werden an Private (juristische und/oder natürliche Personen) vermietet?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bau- und Verkehrsdirektion

Anfragen Sommersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 32

Eingereicht am: 07.06.2022

Eingereicht von: de Quervain (Bern, Grüne)

Beantwortung: BVD

Ist der Kanton Bern für Starkregenereignisse gewappnet?

Starkregen und extreme Hochwasser werden mit der Klimaerwärmung laut dem Bericht des Weltklimarats (IPCC) häufiger und heftiger. Letzte Woche hat die Universität Bern ihr neues Hochwasser-Modellierungstool vorgestellt – ein Berechnungsinstrument, mit dem sich potentielle Hochwasserschäden simulieren lassen. Dabei stellte sich heraus, dass insbesondere dem Emmental (Echo der Zeit vom 2. Juni 2022), aber auch anderen Gebieten im Kanton Bern Hochwasser drohen. Grossflächige Starkregenereignisse könnten im Emmental zu Überschwemmungen mit Tausenden Betroffenen und Schäden von bis zu einer Milliarde Franken führen.

Fragen:

1. Hat der Regierungsrat vom Tool «Hochwasserdynamik» und dessen Erkenntnissen Kenntnis genommen?
2. Ist der Kanton Bern für das darin skizzierte Worst-Case-Szenario gewappnet?
3. Falls nein, welche zusätzlichen Massnahmen müssen allenfalls ergriffen werden?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bau- und Verkehrsdirektion

Anfragen Sommersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 2

Eingereicht am: 09.03.2022

Eingereicht von: Feuz (Bern, SVP) (Sprecher/in)
Schüpbach (Huttwil, SVP)
Knutti (Weissenburg, SVP)

Beantwortung: WEU

Kritische Fragen zum Covid-Härtefall-Programm 2022

Das Covid Härtefall-Programm 2022 des Kantons Bern richtet sich an Unternehmen, die bereits 2021 unterstützt wurden und die von Dezember 2021 bis März 2022 Verluste verzeichnen. Ausgeschlossen sind Betriebe, die eine Umsatzeinbusse erlitten haben, weil sie behördliche Massnahmen nicht eingehalten haben.

Wer für die 1. Phase (bis Mai 2021) gar kein Gesuch stellte, soll auch für die 2. Phase (Dezember 2021 bis März 2022) kein Gesuch mehr stellen dürfen. Diese Regelung ist ungerecht und muss zu Gunsten der Betroffenen geändert werden.

Viele Betriebe reichten 2021 keine Gesuche ein, weil sie glaubten, es sei ein relativer kurzer Einbruch. Auch wurde von vielen zuerst oft medial der Standpunkt vertreten, dass die Betriebe eine dreimonatige Schliessung selber stemmen müssen.

Die Betriebe, die die Unterstützung 2021 nicht in Anspruch nahmen, werden durch diese u. E. ungerechte Regelung massiv getroffen. Die Fragesteller reichten zu dieser Frage bereits eine dringliche Motion ein.

Fragen:

1. Erachtet der Regierungsrat die Regelung, wonach nur Betriebe, die für die erste Phase ein Gesuch einreichen, für die zweite Phase ein Gesuch um Unterstützung einreichen können, als gerechtfertigt?
2. Werden hier nicht Betriebe dadurch doppelt bestraft?
3. Was für Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, diesen Betrieben gleichwohl zu helfen und sie ebenfalls zu unterstützen?

Verteiler

- Grosser Rat
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Anfragen Sommersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 3

Eingereicht am: 02.06.2022

Eingereicht von: Remund (Mittelhäusern, Grüne) (Sprecher/in)
Kohler (Meiringen, Grüne)

Beantwortung: WEU

Klimaschutz in der Verwaltung stärken

Der Klimaschutz muss in der politischen Arbeit und in der Verwaltung verstärkt werden, einerseits auf Grund der Dringlichkeit des Handelns, aber auch auf Grund des Klimaartikels in der Berner Verfassung. Die Verstärkung muss sinnvollerweise auch auf personeller Ebene geschehen und auch in der Organisationsstruktur des Kantons sichtbar sein.

Fragen:

1. Ist der Regierungsrat bereit, das Amt für Umwelt und Energie mit dem Wort «Klimaschutz» zu ergänzen (z. B. in «Amt für Umwelt, Klimaschutz und Energie» umzubenennen)?
2. Plant der Regierungsrat, eine Fachstelle Klimaschutz zu schaffen – analog zur Fachstelle Energie?
3. Falls nicht, was wären die Gründe dagegen?

Verteiler

- Grosser Rat
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Anfragen Sommersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 5

Eingereicht am: 03.06.2022

Eingereicht von: Müller (Innerberg, SP) (Sprecher/in)
Fisli (Meikirch, SP)

Beantwortung: WEU

Bezug Kurzarbeitsentschädigung durch Musikschulen des Kantons Bern

Im Laufe des Jahres 2020 haben, gemäss Auskunft der BKS vom 18.12.2021, 11 von 28 Musikschulen im Kanton Bern Kurzarbeitsentschädigung bezogen. Dies im Sinne einer Vorsichtsmassnahme, weil damals noch nicht klar war, ob die Lehrkräfte der Musikschulen von Kurzarbeit betroffen sein werden oder nicht.

Mittlerweile zeigt sich, dass dies vermutlich an keiner Musikschule der Fall war. Wohl sind einzelne Lektionen, wie zum Beispiel Ensemble- oder Gruppenunterricht, ausgefallen, dies jedoch nicht zu Lasten der Lehrkräfte. Diese haben nach unserem Wissensstand zu jeder Zeit 100 Prozent ihres Lohnes erhalten. Infolgedessen hat die BKD in ihrem Schreiben vom 24. September 2021 die Musikschulen aufgefordert, die Kurzarbeitsentschädigung, die nicht explizit für die Kurzarbeit eingesetzt wurde, zurückzuzahlen.

Auf unsere Rückfrage, ob diese Gelder vollumfänglich an den Kanton zurückgezahlt wurden, teilte die BKD mit, dass sowohl die Musikschulen als auch das Amt für Arbeitslosenversicherung (AVA) informiert wurden, die BKD aber keine Information habe, ob alle Musikschulen die Gelder zurückgezahlt haben.

Die Musikschulen sind zu rund 2/3 durch die öffentliche Hand (Kanton und Gemeinden) finanziert. Sie haben sich dementsprechend vorbildlich und korrekt, insbesondere im Umgang mit Steuergeldern, zu verhalten. Eine Verwendung der bezogenen Kurzarbeitsentschädigung, selbst wenn diese in Zusammenhang mit Covid-19 stehen würde (zum Beispiel Kauf von Schutzmaterial), widerspräche dieser Sorgfaltspflicht und würde den Beziehungen mit dem Kanton und den Gemeinden beträchtlichen Schaden zufügen.

Fragen:

1. Haben alle 11 Musikschulen die prophylaktisch bezogenen Kurzarbeitsentschädigungen, die nicht explizit für die Kurzarbeit eingesetzt wurden, vollumfänglich zurückgezahlt?
2. Welche Stelle innerhalb der Verwaltung ist verantwortlich für die Einforderung und die Kontrolle der Rückzahlung?
3. Falls nicht alle Gelder, die nicht explizit für die Kurzarbeit eingesetzt wurden, zurückgezahlt wurden, wie gedenkt der Regierungsrat vorzugehen, um diese Rückzahlungen sicherzustellen?

Verteiler

- Grosser Rat
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Anfragen Sommersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 15

Eingereicht am: 07.06.2022

Eingereicht von: Bühler (Liebefeld, Grüne)

Beantwortung: WEU

Ist der Kanton Bern auf die Ansiedlung der Asiatischen Tigermücke vorbereitet?

In den letzten 20 Jahren hat sich die Tigermücke entlang der Hauptverkehrsachsen in Richtung Norden ausgebreitet. Im «Konzept für die Bekämpfung der Tigermücke *Aedes albopictus*, und der von ihr übertragenen Krankheiten in der Schweiz¹» aus dem Jahr 2011 wurde festgehalten, dass in diesem Bereich Handlungsbedarf besteht. Seit der IP «Ist der Kanton Bern auf die Asiatische Tigermücke vorbereitet?²» im 2019 ist die Asiatische Tigermücke (*Aedes albopictus*) auch im Kanton Bern auf dem Vormarsch, und vermehrungsfähige Populationen wurden nachgewiesen. Am 22. Juni 2021 hat der Gemeinderat der Stadt Bern in einer Medienmitteilung mitgeteilt, dass sich die Asiatische Tigermücke im Quartier Schosshalde ansiedeln könnte³. Aus medizinischer Sicht ist die Ansiedlung der Asiatischen Tigermücke im Kanton Bern besorgniserregend, denn Tigermücken dienen als Vektor für die Übertragung von Krankheitserregern wie Dengue-, Chikungunya- oder Zika-Viren. Die Einreise bzw. der Aufenthalt einer in einem Gebiet mit hoher Mückendichte erkrankten Person in den bzw. im Kanton Bern könnte daher eine Bedrohung für die öffentliche Gesundheit bedeuten.

Fragen:

1. Werden die Prävention und die Bekämpfung von Tigermücken u. a. entlang von Verkehrsachsen wie z. B. Autobahnen und Geleisen vorangetrieben?
2. Sind Gesundheitsschutzmassnahmen definiert worden, um das Risiko einer Epidemie zu verhindern?
3. Werden Informationskampagnen durchgeführt, um die Bevölkerung aktiv auf die Verbreitung der Tigermücke zu sensibilisieren und über Präventionsmassnahmen aufzuklären?

Verteiler

- Grosser Rat
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

¹ [bekaempfung_der_tigermuecke_aedes_albopictus_und_der_von_ihr_uebertragenen_krankheiten_in_der_schweiz.pdf](#)

² Microsoft Word - 30ef951b494d486d9e26fa205bfac814 (be.ch)

³ Asiatische Tigermücke in Bern angekommen — Mediencenter

Anfragen Sommersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 16

Eingereicht am: 07.06.2022

Eingereicht von: Bühler (Liebefeld, Grüne)

Beantwortung: WEU

Wie fördert eine gewinnorientierte Aktiengesellschaft die Biodiversität im Wald?

In einer Medienmitteilung vom 19.5.2022 wurde mitgeteilt, dass der Staatsforstbetrieb in eine Aktiengesellschaft überführt werden soll. Gemäss dieser Medienmitteilung ist der Staatsforstbetrieb ein wirtschaftlich geführtes Unternehmen, das nur bedingt in die kantonale Verwaltung passt. Der Wald liefert allerdings nicht nur den natürlich nachwachsenden Rohstoff Holz, der gewinnorientiert genutzt wird, sondern spielt auch eine wichtige Rolle beim Erhalt der Biodiversität. Die Grundlagen dazu werden im kantonalen Waldgesetz geregelt. Verschiedene Inventare wie das Waldnaturinventar des Kantons Bern (WNI) und die Bundesinventare bilden die Grundlage für Massnahmen zur Förderung der Biodiversität im Wald. Die Gesamtfläche des WNI beträgt 17 Prozent der Waldfläche des Kantons Bern, dazu kommt die Fläche der Bundesinventare. Die Grundeigentümerin dieser Flächen ist der Staatsforstbetrieb, aber der Vollzug liegt bei der Abteilung Naturförderung. Der Bericht «Biodiversität im Wald: Ziele und Massnahmen» (BAFU 2015) zeigt auf, dass im Schweizer Wald weiterhin Defizite bei der Biodiversität vorhanden sind. Beispielsweise wenig Waldflächen mit natürlicher Entwicklung, Mangel an Alt- und Totholz, ungenügend strukturierte Waldränder, ungenügender Schutz gefährdeter Arten und Lebensräume usw. werden bemängelt. Es stellt sich die Frage, wie eine Ausgliederung des Staatsforstbetriebs diesen Herausforderungen gerecht wird.

Fragen:

1. Was sind die Chancen und Herausforderungen für die Biodiversitätsflächen (WNI und Bundesinventare) und für die Waldbiodiversität allgemein, wenn der Staatsforstbetrieb als Grundeigentümer von Biodiversitätsflächen als gewinnorientierte Aktiengesellschaft geführt wird, und welche Kantone haben dieses Modell bereits?
2. Wie werden die Biodiversitätsflächen (WNI und Bundesinventare) weiterhin erhalten und aufgewertet und die Ziele aufbauend auf der Waldpolitik 2020 erreicht?
3. Welche Massnahmen sind geplant, damit die Zusammenarbeit zwischen dem Amt für Landwirtschaft und Natur sowie der zukünftigen Aktiengesellschaft als Grundeigentümerin beim Thema Waldbiodiversität weiterhin gewährleistet und sogar verbessert wird?

Verteiler

- Grosser Rat
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Anfragen Sommersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 17

Eingereicht am: 07.06.2022

Eingereicht von: Bühler (Liebefeld, Grüne)

Beantwortung: WEU

Wie steht es mit der Lebensmittelhygiene im Kanton Bern?

In der Ausgabe von Gastro Bern (Edition 01/2022) ist in der Zusammenfassung des Jahresberichts des Kantonalen Laboratoriums zu lesen, dass die Anzahl der durchgeführten Betriebskontrollen von Verpflegungsbetrieben weiterhin reduziert wurden. Allerdings haben die Pandemiejahre eine Erhöhung der Beanstandungsquoten mit sich gebracht, und der Nachweis von Bakterien in gewissen Proben zeigt, dass sich die Hygienestandards beim Händewaschen und bei der Reinigung verschlechtert haben. Im Weiteren wurde in der Medienmitteilung vom Verband der Kantonschemiker der Schweiz am 1.6.2022 darauf hingewiesen, dass 2/3 der kontrollierten Betriebe ungenügenden Schutz gegen den Krankheitserreger *Listeria* erbringen.

Fragen:

1. Was sind die Gründe für die Reduktion der Betriebskontrollen von Lebensmittelbetrieben auch vor Corona?
2. Reichen die bisherigen Massnahmen oder sind zusätzliche Massnahmen nötig, um den Gesundheitsschutz zu gewährleisten
3. Wenn ja, welche?

Verteiler

- Grosser Rat
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Anfragen Sommersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 19

Eingereicht am: 07.06.2022

Eingereicht von: Gerber (Hinterkappelen, Grüne) (Sprecher/in)
Bühler (Liebefeld, Grüne)

Beantwortung: WEU

Berner Wald als AG

Der kantonale Wald soll in eine Aktiengesellschaft ausgegliedert werden.

Fragen:

1. Der kantonale Wald ist zu 100 % FSC-zertifiziert. Wo befinden sich die «Urwaldflächen», also die 10 %, die von der Nutzung ausgeschieden sind?
2. Wie viel Holz kann jährlich geschlagen und genutzt werden (Aufteilung in Industrie- und Nutzholz)?

Verteiler

- Grosser Rat
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Anfragen Sommersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 25

Eingereicht am: 07.06.2022

Eingereicht von: Ruch (Bern, Grüne)

Beantwortung: WEU

Bundesgerichtsurteil Uber: Welche Massnahmen ergreift der Kanton Bern?

Anfang Juni bestätigte das Bundesgericht einen Entscheid des Genfer Kantonsgerichts und hält fest, dass Uber-Fahrerinnen und -Fahrer nicht als Selbständige, sondern als Angestellte zu betrachten sind. Damit muss Uber nun zunächst die den Sozialversicherungen und den Angestellten entgangenen Beiträge der letzten Jahre nachzahlen und gleichzeitig den Fahrerinnen und Fahrern unverzüglich reguläre Arbeitsverträge ausstellen.

Das Urteil hat Signalwirkung für Uber in der ganzen Schweiz, und der Kanton Bern hat nun die rechtliche Grundlage, um das Arbeitsrecht gegenüber Uber und ähnlichen Unternehmen durchzusetzen. Ersteres hat der Regierungsrat in der Antwort auf die erheblich erklärte Motion 2020.RRGR.297 «Gleich lange Spiesse für alle: Uber Eats muss Gesetze einhalten» in Aussicht gestellt.

Fragen:

1. Wird der Regierungsrat nun gegenüber Uber aktiv werden?
2. Welche Massnahmen sind gegenüber Uber und Uber Eats konkret geplant?
3. Welche Massnahmen ergreift der Kanton, damit auch ähnliche Unternehmen ihre Beschäftigten ordentlich anstellen?

Verteiler

- Grosser Rat
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Anfragen Sommersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 8

Eingereicht am: 03.06.2022

Eingereicht von: Berger-Sturm (Grosshöchstetten, SP) (Sprecher/in) Beantwortung: GSI
Baumgartner (Jegenstorf, SP)
Dunning (Biel, SP)

Finanzierung von Sprachkursen für Geflüchtete

Gemeinden wurden angefragt, ob sie ab dem 1.6.22 die Wegkosten zu Sprachkursen übernehmen, da Flüchtlinge mit Status S ab dann den ÖV nicht mehr gratis benutzen können und Sprachkurse nicht überall angeboten werden. Bei der Bearbeitung zeigten sich Unklarheiten über die konkrete Umsetzung der Finanzierung.

Nur wenn Geflüchtete an Sprachkursen teilnehmen können und die Sprache schnell lernen, können sie eine Anstellung finden und sich selbstständig im Alltagsleben zurechtfinden. Zu Recht wird ein Schwerpunkt der Unterstützung auf Sprachkurse gelegt. Personen, die erwerbstätig sein können, entlasten die Asylsozialhilfe. Dies gilt für Flüchtlinge, unabhängig von ihrem Status oder ihrem Aufenthalts-/Wohnort.

Der Bund stellt den Kantonen finanzielle Mittel zur Verfügung, um Flüchtlingen die Teilnahme an Sprachkursen zu ermöglichen. Es stellt sich die Frage, welche Kosten damit konkret gedeckt werden können und welche Rolle die Gemeinden dabei spielen.

Fragen:

1. Wie ist bei Sprachkursen für geflüchtete Menschen die Kostenübernahme für Kursgebühren, Kursmaterialien und Wegkosten geregelt?
2. Wie werden diese Regelungen effektiv umgesetzt?
3. Welche Unterschiede bestehen in der Praxis der Kostenübernahme für Sprachkurse bei Geflüchteten, abhängig von ihrem Status (anerkannt, vorläufig aufgenommen, abgewiesen, Schutzstatus S)?

Verteiler

- Grosser Rat
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Anfragen Sommersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 9

Eingereicht am: 03.06.2022

Eingereicht von: Berger-Sturm (Grosshöchstetten, SP) (Sprecher/in) Beantwortung: GSI
Dunning (Biel, SP)
Baumgartner (Jegenstorf, SP)

Psychosoziale Betreuung von minderjährigen Geflüchteten

Der Tagesanzeiger berichtet heute (3.6.2022) von schwerwiegenden Vorwürfen von Fachpersonen und Lehrkräften gegen das Asylheim Lilienberg bei der Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Der Kanton Zürich untersucht den Fall. Wie ist die Situation im Kanton Bern?

Auch im Kanton Bern herrscht akute Unterversorgung in der psychiatrischen Versorgung, vor allem auch im Bereich Kinder- und Jugendpsychiatrie.

Ein grosser Anteil geflüchteter Menschen leidet aber an Traumafolgeerkrankungen und benötigt psychologische oder psychiatrische Unterstützung. Betroffen sind häufig Kinder und Jugendliche.

Fragen:

1. Wie wirkt sich der Mangel an psychiatrischen Fachpersonen auf die Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten aus?
2. Welche Unterschiede bestehen in der Versorgung von Kindern und Jugendlichen, abhängig von ihrem Status (anerkannt, vorläufig aufgenommen, abgewiesen, Schutzstatus S)?

Verteiler

- Grosser Rat
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Anfragen Sommersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 10

Eingereicht am: 05.06.2022

Eingereicht von: Zbinden (Mittelhäusern, SVP)

Beantwortung: GSI

Food-Waste zugunsten eines Bauprojekts oder fehlende Wertschätzung der Lebensmittelproduktion

Wie wir aus Medienmitteilungen des Kantons Bern und aus der Berichterstattung in vielen Medien entnehmen konnten, entsteht im Viererfeld eine Containersiedlung zur Unterbringung von maximal 1000 Flüchtenden aus dem Krieg in der Ukraine. Die Kosten für den Bau der Temporären Unterkunft Viererfeld (TUV) wurde auf rund 10 Millionen Franken beziffert.

Um die TUV rasch zu eröffnen, handelte der Kanton Bern unbürokratisch und sehr schnell. Dies ist grundsätzlich zu begrüssen und verdient Anerkennung. Allerdings musste für den Bau der auf der Parzelle angebaute Raps wenige Wochen vor der Ernte gemulcht und damit zerstört werden. Die Rapsproduktion ist sehr aufwändig, und ein grosser Teil der Arbeiten für eine erfolgreiche Rapsernte wird bereits im Herbst erledigt. Lebensmittel zu zerstören in Zeiten einer sich anbahnenden Lebensmittelknappheit, hat insbesondere bei der Landbevölkerung für grosses Unverständnis gesorgt.

Weiter wurde ich informiert, dass diverse Gemeinden nach Rücksprache mit dem Kanton Bern Unterkünfte zur Unterbringung von Flüchtenden bereitgestellt haben und diese nun nicht genutzt werden. Auch die Medienmitteilung vom 11. Mai 2022, dass die Zivilschutzanlage Mingerstrasse in Bern, die als Unterkunft für Flüchtende betrieben wurde, bereits wieder geschlossen wird, unterstreicht die Berechtigung der Fragen, ob die Zerstörung von Lebensmitteln zugunsten von Unterkünften zwingend notwendig war.

Quellen:

<https://www.bernerzeitung.ch/so-will-der-kanton-bern-den-ansturm-von-gefluechteten-bewaeltigen-845561907922>

<https://www.schweizerbauer.ch/regionen/bern/rapsfeld-muss-containerdorf-weichen/>

<https://www.telebaern.tv/telebaern-news/nicht-alle-sind-ueberzeugt-vom-containerdorf-auf-dem-viererfeld-146134918>

<https://www.be.ch/de/start/dienstleistungen/medien/medienmitteilungen.html?newsID=e0d6e5dd-c2ab-4a71-8868-249eda8111b8>

Fragen:

1. Welche Alternativstandorte für die Unterbringung der Flüchtenden aus der Ukraine wurden geprüft, sowohl bestehende Gebäude (leerstehende Schulhäuser, Spitäler, Heime, Zivilschutzanlagen usw.) als auch Alternativstandorte für Containerunterkünfte?
2. Wurde es in Erwägung gezogen, mit der Erstellung der Containerunterkünfte zu warten, bis der Raps geerntet ist, und damit Lebensmittel mehr wertzuschätzen?
3. Wie hoch ist die aktuelle Auslastung der im Kanton Bern zur Verfügung stehenden Unterkünfte für Flüchtende (Bitte in absoluten Zahlen oder in Prozent angeben)?

Verteiler

- Grosser Rat
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Anfragen Sommersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 20

Eingereicht am: 06.06.2022

Eingereicht von: Knutti (Weissenburg, SVP)

Beantwortung: GSI

Wurde bei der Unterkunftssuche für Flüchtlinge aus der Ukraine überreagiert?

Von vielen Gemeinden hört man momentan, dass der Kanton Unterkünfte gemietet hat für die Aufnahme von ukrainischen Flüchtlingen. Besonders aufgefallen ist jetzt aber, dass mit den Gemeinden Verträge abgeschlossen wurden für Unterkünfte sowie hohe Beträge bezahlt werden für Unterkünfte, die vorläufig jedoch unbenutzt bleiben. Ja sogar Infrastrukturen wie Waschmaschinen wurden mehrfach bereitgestellt, die vielleicht nie benutzt werden.

Fragen:

1. Wie viele unbenutzte Unterkünfte hat der Kanton auf Vorrat momentan gemietet?
2. Wie hoch sind die Mietkosten für die unbenutzten Unterkünfte im Monat?
3. Welche Geräte liefert der Kanton an die Unterkünfte?

Verteiler

- Grosser Rat
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Anfragen Sommersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 22

Eingereicht am: 07.06.2022

Eingereicht von: Köpfli (Wohlen b. Bern, glp)

Beantwortung: GSI

Sind kantonsweit 3 Eröffnungsstellen auf Ämtern für das elektronische Patientendossier zielführend?

Am 31. Mai hat der Regierungsrat kommuniziert, dass Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Bern die Möglichkeit haben, ein elektronisches Patientendossier (EPD) zu eröffnen. In der Medienmitteilung ist folgendes zu lesen:

«Die Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion (GSI) arbeitet mit dem EPD-Anbieter xsana zusammen und betreibt im Kanton vorerst drei Dossier-Eröffnungsstellen.

Das elektronische Patientendossier wird vor Ort an einem der drei Eröffnungsstellen in Bern, Biel und Thun eröffnet. Der Kanton Bern nutzt in der Anfangsphase bestehende Registrierungsstellen der kantonalen Verwaltung. Für das elektronische Patientendossier ist eine elektronische Identität (SwissID) notwendig.»

Gleichzeitig kommen andere Anbieter auf den Markt. So hat der Bund bspw. Abilis bewilligt. Hier werden rund 400 Schweizer Apotheken vor Ort die Eröffnung eines EPD ermöglichen und direkt die Beratung übernehmen.

Fragen:

1. Welches anzahlmässige Ziel hat sich der Regierungsrat betreffend die eröffneten Patientendossiers an den drei Stellen im Kanton Bern gesetzt?
2. Ist der Regierungsrat nicht der Ansicht, dass eine Vielzahl von Apotheken der glaubwürdigere und niederschwelligere Zugang ist als kantonsweit 3 Dossier-Eröffnungsstellen in Verwaltungsgebäuden?
3. Warum fokussiert der Regierungsrat so einseitig auf xsana als Partnerin beim EPD?

Verteiler

- Grosser Rat
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Anfragen Sommersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 30

Eingereicht am: 07.06.2022

Eingereicht von: Schild (Bern, glp)

Beantwortung: GSI

Werden internationale Standards bei der Kollektivunterkunft für Flüchtende auf dem Viererfeld eingehalten?

Fragen:

1. Welche Expertinnen und Experten aus dem Flüchtlingsbereich wurden bei der Konzeption der Kollektivunterkunft auf dem Viererfeld einbezogen?
2. Wurde insbesondere abgeklärt, ob die Kollektivunterkunft den internationalen Standards der Europäischen Asylagentur (European Union Agency for Asylum) entspricht?
3. Falls nein, wie beurteilt der Regierungsrat die Einhaltung dieser Mindeststandards?

Verteiler

- Grosser Rat
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Anfragen Sommersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 33

Eingereicht am: 07.06.2022

Eingereicht von: Freudiger (Langenthal, SVP)

Beantwortung: GSI

Herkunft der Personen mit Status S

Der Bundesrat hat am 11. März 2022 für Schutzsuchende aus der Ukraine, die ihre Heimat wegen des Kriegs verlassen mussten, den Schutzstatus S aktiviert. Damit sollen die Geflüchteten rasch ein Aufenthaltsrecht erhalten, ohne dass sie ein ordentliches Asylverfahren durchlaufen müssen. Den Schutzstatus S erhalten neben ukrainischen Staatsangehörigen auch Personen aus Drittstaaten, die vor ihrer Flucht über eine gültige Aufenthaltsberechtigung in der Ukraine verfügten und das Land wegen des Krieges verlassen haben. Vor diesem Hintergrund interessiert, wie viele Drittstaatenangehörige den Status S zugesprochen erhalten haben.

Fragen:

1. Wie viele Personen mit Status S, die im Kanton Bern untergebracht sind, verfügen nicht über die ukrainische Staatsbürgerschaft?
2. Welche Staatsbürgerschaft haben diese Menschen, und um wie viele Personen handelt es sich zahlenmässig jeweils pro Land?

Verteiler

- Grosser Rat
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Anfragen Sommersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 34

Eingereicht am: 07.06.2022

Eingereicht von: Freudiger (Langenthal, SVP)

Beantwortung: GSI

Verteilung der Geflüchteten aus der Ukraine im Kanton Bern

Der Kanton Bern und seine Bürgerinnen und Bürger leisten derzeit einen herausragenden Akt der Solidarität im Zusammenhang mit der Aufnahme geflüchteter Personen aus der Ukraine. Dabei interessiert, ob die Aufnahme der Ukraine-Geflüchteten je Verwaltungskreis ungefähr dem Bevölkerungsanteil der jeweiligen Verwaltungskreise entspricht oder ob es Regionen gibt, die sich in besonderer Weise solidarisch verhalten.

Fragen:

1. Wie viel Prozent der im Kanton Bern untergebrachten Geflüchteten aus der Ukraine sind in Privathaushalten untergebracht?
2. Wie verhält sich der Anteil der Geflüchteten aus der Ukraine je Verwaltungskreis zum Total der Geflüchteten aus der Ukraine im Kanton Bern, dies im Vergleich mit dem Anteil der Einwohner je Verwaltungskreis zum Total der Einwohner im Kanton Bern?

Verteiler

- Grosser Rat
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Anfragen Sommersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 1

Eingereicht am: 24.05.2022

Eingereicht von: Elsaesser (Kirchberg, FDP)

Beantwortung: DIJ

Häufung personeller Abgänge in der Abteilung Orts- und Regionalplanung des AGR

Alleine im Mai 2022 haben offenbar mehrere Schlüsselpersonen in der Abteilung Orts- und Regionalplanung des AGR gekündigt. Die Arbeitslast mag eine gewisse Begründung für diese Entwicklung sein. Oftmals sind aber signifikante Häufungen von Kündigungen in erster Linie auf Probleme in der Führung zurückzuführen.

Fragen:

1. Wie viele Personen haben in den letzten 12 Monaten in der Abteilung Orts- und Regionalplanung gekündigt?
2. Werden bei den Mitarbeitenden dieser Abteilung periodisch und insbesondere bei Kündigungen Erhebungen zur Zufriedenheit in Bezug auf die Führung durchgeführt?
3. Gibt es Anlass zur Vermutung, dass es in der Abteilung Orts- und Regionalplanung ein Problem auf der Führungsebene gibt?

Verteiler

- Grosser Rat
- Direktion für Inneres und Justiz

Anfragen Sommersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 4

Eingereicht am: 02.06.2022

Eingereicht von: Gerber (Hinterkappelen, Grüne)

Beantwortung: DIJ

eBau

Immer mehr Gemeinden benutzen die Software eBau des Kantons Bern.

Will nun jemand ein Baugesuch anschauen, muss diese Person beim Kanton ein Login erstellen. Hat man ein Login, können sämtliche Baugesuche und Daten eingesehen werden. Es sind also auch alle Telefonnummern und Adressen ersichtlich und zugänglich, die mit dem Baugesuch in irgendeiner Weise in Kontakt stehen.

Fragen:

1. Warum muss ein Login erstellt werden, um ein Baugesuch einzusehen?
2. Entspricht dieses Vorgehen den Datenschutzbestimmungen?
3. Müssten Baugesuche aufgrund des Öffentlichkeitsprinzips den Bürgerinnen und Bürgern nicht ausserhalb des digitalen eBau-Portals zur Verfügung stehen?

Verteiler

- Grosser Rat
- Direktion für Inneres und Justiz

Anfragen Sommersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 18

Eingereicht am: 07.06.2022

Eingereicht von: Stotzer-Wyss (Büren an der Aare, EVP)

Beantwortung: DIJ

Weiteres Vorgehen betreffend Mehrwertabgabe

«Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer, die als Folge einer Planung in den Genuss eines Mehrwerts gelangen, entrichten nach Massgabe dieses Gesetzes und der von den Gemeinden erlassenen Bestimmungen eine Mehrwertabgabe.» Das kantonale Baugesetz (BauG) regelt in Artikel 142 die Rahmenbedingungen hierzu. Bei Einzonung wird eine Abgabe zwingend fällig. Die Entscheidung, ob bei Um- oder Aufzonung eine Mehrwertabgabe fällig wird, überlässt das BauG dem gemeindeeigenen Reglement. Viele Gemeinden erheben demzufolge nur eine Abgabe bei Einzonungen, nicht aber bei Um- oder Aufzonungen. Das Bundesgericht hat am 5. April 2022 nun ein Urteil gefällt, das diese Praxis in Frage stellt. Der Kanton Bern und die betroffene Gemeinde Meikirch werden eingeladen, den Mehrwertausgleich im Sinne von Art. 5 Abs. 1 RPG bundesrechtskonform zu regeln.

Fragen:

1. Wie reagiert das Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) auf dieses Bundesgerichtsurteil?
2. Welche Folgen hat der Entscheid auf Gemeinden, die aktuell ein Mehrwertabschöpfungsreglement ausarbeiten?
3. Welche Folgen hat der Entscheid auf Gemeinden, die bereits über ein Mehrwertabschöpfungsreglement verfügen, das bei Um- und Aufzonungen keine Abgabe vorsieht?

Verteiler

- Grosser Rat
- Direktion für Inneres und Justiz

Anfragen Sommersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 13

Eingereicht am: 07.06.2022

Eingereicht von: von Arx (Spiegel b. Bern, glp)

Beantwortung: FIN

Bundesgerichtsentscheid zur Neubewertung der nichtlandwirtschaftlichen Grundstücke: Wann senkt der Regierungsrat die Einkommenssteuern?

Das Bundesgericht kassierte letztes Jahr den Grossratsbeschluss, den amtlichen Wert der nichtlandwirtschaftlichen Grundstücke und Wasserkräfte im Mittel (Median) auf 70 Prozent des Verkehrswerts festzulegen. Infolge dieser Kassation muss der amtliche Wert früher oder später erneut und namentlich höher festgelegt werden.

In Anfrage Nr. 18 der Frühlingssession 2022⁴ wurde der Regierungsrat befragt, wann er dies von sich aus zu tun gedenkt und ob er den Steuermehrertrag, der aus der erneuten Erhöhung des amtlichen Werts resultieren wird, von sich aus für eine Steuersenkung für natürliche Personen einsetzt, wie das die vom Grossen Rat überwiesene Motion «Endlich verbindliche Schritte zur Senkung der Steuern für natürliche Personen» der grünliberalen alt Grossrätin Franziska Schöni-Affolter verlangt.

Der Regierungsrat verwies in seiner Antwort darauf, dass die schriftliche Begründung für das Bundesgerichtsurteil noch nicht vorliege. Inzwischen liegt sie vor.⁵ Das Bundesgericht befindet insbesondere, dass ein Median von 70 Prozent des Verkehrswerts zu einem zu tiefen Vermögenssteuerwert führt. Bemerkenswert ist auch, dass die kommunale Liegenschaftssteuer, entgegen dem bernischen Steuergesetz, nicht bei der Festlegung des amtlichen Werts berücksichtigt werden darf. Der Regierungsrat geht davon aus, dass die Erwägungen des Bundesgerichts erst bei der nächsten allgemeinen Neubewertung berücksichtigt werden müssen.

Weiter schrieb der Regierungsrat, dass er den Auftrag aus der Motion «Endlich verbindliche Schritte zur Senkung der Steuern für natürliche Personen» als erledigt betrachtet, weil sich dieser auf die allgemeine Neubewertung 2020 (AN20) beziehe. Dies, obschon nun eine Korrektur des bundesrechtswidrigen, im Rahmen der AN20 erfolgten Grossratsentscheids (Median von 70 Prozent) nötig wird, der einen Steuermehrertrag nach sich ziehen dürfte, der für eine Steuersenkung bei den natürlichen Personen genutzt werden kann.

Fragen:

1. Wann legt der Regierungsrat dem Grossen Rat den Beschluss für die nächste allgemeine Neubewertung und für die Anpassung des bernischen Steuergesetzes vor?
2. Spricht sich der Regierungsrat auch in seiner neuen Zusammensetzung dafür aus, den oben erwähnten Steuermehrertrag für eine Steuersenkung bei den natürlichen Personen einzusetzen?
3. Bleibt der Regierungsrat unter Berücksichtigung der schriftlichen Urteilsbegründung dabei, dass er keinen Auftrag des Grossen Rats hat, den Steuermehrertrag in Folge des Bundesgerichtsentscheids für eine Steuersenkung bei den natürlichen Personen zu nutzen?

Verteiler

- Grosser Rat
- Finanzdirektion

⁴ Siehe <https://www.rgr-service.apps.be.ch/api/gr/documents/document/26c2b1f38f404576b83eda54d7c6fcae-332/8/Beilage-Anfragenantworten-16.03.2022-de.pdf>, S. 10/11 (Anfrage «Bundesgerichtsentscheid zur Neubewertung der nichtlandwirtschaftlichen Grundstücke: Senkt der Regierungsrat die Einkommenssteuern von selbst?»).

⁵ Vgl. <https://www.sv.fin.be.ch/de/start.html?newsID=b363512f-762a-40ac-a467-b048911c97ff>.

Anfragen Sommersession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 21

Eingereicht am: 07.06.2022

Eingereicht von: Vögeli (Frauenkappelen, glp)

Beantwortung: FIN

Profitiert der Kanton Bern von der Reform der Verrechnungssteuer?

Am 25. September stimmen wir über die Änderung des Bundesgesetzes über die Verrechnungssteuer ab. Aufgrund der Verrechnungssteuer emittieren Schweizer Konzerne ihre Obligationen in der Regel nicht in der Schweiz, sondern im Ausland. Werden Obligationen dennoch in der Schweiz emittiert (bspw. durch Kantone und Gemeinden), fallen die Refinanzierungskosten entsprechen höher aus.

Gemäss Bund (ESTV) würden mit der Reform die Refinanzierungskosten der öffentlichen Haushalte entsprechend signifikant sinken. Die ESTV schreibt:

«Eine Senkung der Refinanzierungskosten fällt umso gewichtiger aus, wenn (1) die Nachfrage nach öffentlichen Anleihen relativ unelastisch ausfällt, wenn (2) der Anteil öffentlicher Anleihen in ausländischem Besitz hoch ausfällt und wenn (3) der Wirtschaftszyklus sich in einer Hochzinsphase befindet. Bei einem Rückgang der Anleihenverzinsung um 5, 10, beziehungsweise 15 Basispunkte würde eine Verringerung des Zinsaufwands der öffentlichen Hand von 60 bis 200 Mio. Franken resultieren.»

Anders gesagt: Investitionen für die Kantone werden mit der Reform der Verrechnungssteuer günstiger, was gerade für den Kanton Bern mit einem beträchtlichen Investitionsstau und angespannter Finanzlage attraktiv erscheint.

Fragen:

1. Wo emittiert der Kanton Bern heute seine Obligationen?
2. Wie hoch ist der Anteil der heute emittierten Obligationen im ausländischen Besitz?
3. In welchem Umfang profitiert der Kanton von der Reform, wenn man die Zahlen der ESTV als Basis nimmt?

Verteiler

- Grosser Rat
- Finanzdirektion